

30.12.2017 Gastbeitrag für Focus-online

Themenschwerpunkt: Zwei Jahre nach den Übergriffen in der Silvesternacht

Drei Lehren aus der „Kölner Silvesternacht“

von Geert Mackenroth

Wenn ich gefragt werde, welche Menschen mich in meiner Arbeit als Sächsischer Ausländerbeauftragter besonders fordern, so sind es für mich zwei Personengruppen: Zum einen sind es Menschen, die zu dem auf der politischen Skala eher rechts außen angesiedelten Spektrum gehören. Sie verfälschen und verschweigen Zahlen und Fakten oder interpretieren sie bewusst fehl. Sie ziehen bewusst die falschen Schlüsse, skandalisieren Einzelfälle zu Massenphänomenen (die es ohne Zweifel auch gibt!) hoch und schrecken selbst vor dumpfen Falschbehauptungen nicht zurück. Eine tatsächlich heterogene Gruppe wird als homogen missdeutet und als Grund allen Übels bezeichnet. Zum anderen halten sich leider auch Menschen mit Migrationshintergrund nicht immer an die hier geltenden Spielregeln. Straftäter finden dabei oft noch zu viel verharmlosendes Verständnis in unserer Gesellschaft – vorwiegend in Teilen der sogenannten Unterstützerszene namentlich des linksextremen Spektrums.

Beide Gruppen agieren lautstark, sind aber im Verhältnis zur Gesamtzahl aller sächsischen Bürger oder der vielen Ausländer und Schutzsuchenden, die unser Gemeinwesen bereichern, und ihren Helfern nicht repräsentativ. Sie sind es jedenfalls noch nicht, einige Wahlergebnisse bei unseren europäischen Nachbarn weisen in eine beunruhigende Richtung. So bestimmen in Sachsen oft allein die etwa 600 sogenannten Mehrfach- und Intensivtäter (MITA) unter den Asylbewerbern weite Teile der gesellschaftlichen Debatte. Gleiches gilt für die – fließende - Grenze zwischen Menschen, die hier ein besseres Leben finden wollen, und Flüchtlingen, die nach internationalen und innerstaatlichen Regeln tatsächlich schutzbedürftig sind: Undifferenziert wirft man alles munter in den jeweils passenden argumentativen Topf und untergräbt so die Akzeptanz eines Schutzsystems, auf das wir eigentlich stolz sein müssten.

Jedenfalls schaffen es diese statistisch unbedeutenden Minderheiten mit oft nicht akzeptablen Aktionen und Formulierungen immer wieder in die Schlagzeilen und Hauptnachrichten. Sie lenken die Verantwortung für globale Fehlentwicklungen und Randerscheinungen auf gewählte Repräsentanten, auf das System schlechthin. Damit leisten sie den wesentlichen Beitrag zu einer sich andeutenden Radikalisierung und Spaltung unserer Gesellschaft. Köln

war hierfür das Menetekel und hat unsere Versäumnisse unerbittlich ins gesellschaftliche Bewusstsein geholt. Der abstrakte Handlungsbedarf ist parteipolitischer Konsens, die konkrete Umsetzung hoch streitig.

Diese Differenzierung mag vieles erklären, doch hilft sie nicht gegen gefühlte Ängste. Sie ist auch und gerade für die Opfer von Straftaten keine Hilfe, weder tröstet noch beruhigt sie. Opfer sind immer einzelne Menschen, die von einzelnen Menschen auf Jahre hinweg geschädigt werden und unter Traumatisierungen leiden. Das ist für unser Gemeinwesen schlechthin nicht hinnehmbar, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität des Täters wie des Opfers, von Ort und Zeit der Tat. Prävention ist gut – jede Straftat weniger ist ein Opfer weniger und damit ein Erfolg. Aber ohne Repression geht es nicht. Bleibt sie aus, fehlt gar jede staatliche Reaktion auf schwere Straftaten, dann fehlt jeder Abschreckungseffekt. Mancher Straftäter sieht sich ermutigt, dies als systematische Schwäche unseres Rechtsstaats zu deuten und fehlende Konsequenz auszunutzen.

Lehre #1:

Null Toleranz gegenüber jeder Form von Straftaten. Wir brauchen einen starken Staat, der diese Erwartung seiner Gewaltunterworfenen erfüllt. Er hat das Gewaltmonopol und damit überall – in Duisburg wie in Berlin-Kreuzberg, in Riesa wie in Mannheim – und zu jeder Zeit – auch an Sonn- und Feiertagen, im Ramadan wie zu Christi Himmelfahrt - für ausreichend Sicherheit zu sorgen. Wenn und soweit es dafür notwendig ist, die Zahl, die Ausrüstung und/oder die Qualität der Polizei- und Sicherheitskräfte zu erhöhen beziehungsweise zu verbessern, müssen die Weichen in diese Richtung jetzt gestellt werden. Es beruhigt mich, dass der Kölner Schuss jedenfalls vom Bund und einigen Landesregierungen gehört worden ist. Und es alarmiert mich, wenn wiederum Randgruppen unserer Bevölkerung unseren Sicherheitskräften zunehmend mit Verachtung, Hass und Gewalt begegnen.

Vergessen wir über den in der Theorie nahezu unstreitigen Konsequenzen nicht das Zeitmoment: Köln hinterlässt den – im Ergebnis: falschen - Eindruck, der Rechtsstaat sei ohnmächtig, nicht zuletzt wegen der Schwerfälligkeit seines Sanktionssystems, seiner oft sehr langsamen Reaktionsgeschwindigkeit besonders in unserer Rechtsprechung. Wenn erst Jahre nach einer illegalen Einreise entschieden wird, ob jemand bei uns bleiben darf, wenn das NSU – Verfahren jetzt schon fast fünf Jahre gedauert hat, wenn erst Monate nach strafrechtlich relevanten Großereignissen wie der Duisburger Love – Parade oder dem G20 - Gipfel in

Hamburg erste zarte Ermittlungsergebnisse sichtbar werden, wenn im Görlitzer Park der Gesetzesverstoß zum Dauerzustand wird, dann kann ich die bohrenden Nachfragen und die wachsende Ungeduld mancher nachvollziehen, die den Glauben an die wehrhafte Demokratie zu verlieren drohen.

Lehre #2:

Weg mit den eingebauten Tempobremsen in der Justiz. Unsere justiziellen Verfahren dauern zu lange. Schnelle Ermittlungen, Anklagen und Urteile (Verurteilungen wie Freisprüche!) signalisieren nicht nur im Strafverfahren die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates. Entschlacken wir die Verfahrensordnungen. Es gibt dafür noch mehr als genug Stellschrauben, ohne dass rechtsstaatliche Grundsätze aufgegeben werden müssen.

Köln ist überall. Wir tragen auch deshalb Mitschuld an der Misere, weil wir in unserer Konsensgesellschaft die klare Sprache verlernt haben. Schlechte Dinge haben schlechte Namen. Köln war ein mehr als schlechtes Ding. Es wurde erst viel zu spät als solches bezeichnet. Nichts verunsichert die Bevölkerung mehr, untergräbt ihr Vertrauen in unser System mehr als institutionelles Verschweigen von Fakten. Die Vorstufe dieses im 21. Jahrhundert gesellschaftlichen No-Gos ist das beschwichtigende Euphemisieren, das Bagatellisieren von eigentlich nicht zu Bagatellisierendem. Klare Sprache bedeutet für mich auch, gesetzliche Grundwerte unserer Gesellschaft und des respektvollen Umgangs miteinander deutlich und ohne Missverständnis zielgruppengenaue zu adressieren. Es bedeutet, gesellschaftliche Normalität nicht durch Strafen zu erzwingen, sondern Normalität zu schaffen - also Normen klar zu benennen, zu vermitteln, für sie zu werben und durchzusetzen. Es mag konservativ erscheinen, doch gilt für mich immer noch der althergebrachte Satz „Das tut man nicht“. Dazu müssen wir Normenverständnis und Erwartungen klar formulieren und zu erwartende Verstöße sensibel vorher wahrnehmen, um darauf präventiv zu reagieren. Gesetze und die Erwartungen der Gesellschaft gehören zielgruppengerecht in den Alltag übersetzt, manchmal sehr heruntergebrochen: „Frauen werden weder angemacht, beschimpft oder angefasst. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Richterinnen, Polizistinnen oder Beraterinnen verdienen wie jede andere Frau, wie jeder Mann uneingeschränkten Respekt. Wir in Deutschland wollen das so. Es ist ohne Bedeutung, dass das Frauenbild in Ihrem Herkunftsland anders tradiert ist.“

Klare Sprache bedeutet für mich auch, dass Konflikte aus Krisenregionen nicht innerhalb der deutschen Grenzen ausgetragen werden. „Hier gilt kein Faustrecht. Hier gibt es keine Blutrache. Hier werden keine Fahnen verbrannt.“ Hier kann man sich demokratisch auseinandersetzen. Es gibt kleine und große Möglichkeiten zur Partizipation.

Lehre#3:

Haben wir den Mut zur klaren Sprache. Diese Forderung nach kompromissloser Wertevermittlung mag wiederum einige Menschen – mit oder ohne Migrationshintergrund - vor den Kopf stoßen. Wäge ich aber die Folgen der Alternative ab, der Gleichgültigkeit, des Schweigens gegenüber nicht akzeptablem, nicht akzeptiertem Verhalten, so verzichte ich gerne auf eine politisch möglicherweise korrektere Sprachweise.

Nicht nur unsere ausländischen Mitbürger haben mir ausdrücklich versichert, wie sehr sie darunter leiden, dass bei uns oft die klaren Ansagen fehlen. Sie bitten mich, Einfluss auf die politischen Entscheider zu nehmen und klarzustellen, dass Ausländer keine homogene Gruppe sind, sondern individuelle Persönlichkeiten. Aus dem vielleicht etwas altmodischen „Das tut man nicht.“ wird das selbstbewusste „Wir wollen das nicht.“ Wir wollen weder, dass sich Übergriffe wie in der Kölner Silvesternacht wiederholen, noch dass irgendjemand unserem Rechtsstaat auf der Nase herumtanzt. Und wir wollen keine verbalen Entgleisungen oder Gewalt gegenüber denen, die unseren Schutz gesucht haben. Wir wollen Diskriminierung und Aggression weder in öffentlichen Verkehrsmitteln, noch in sozialen Netzwerken oder am Arbeitsplatz. Wir wollen Diskriminierungen weltweit zurückdrängen, Terror und Unterdrückung ausrotten, Menschenrechte durchsetzen -dann gibt es auch keinen Grund mehr, aus seiner Heimat fliehen zu müssen. Und wir wollen Respekt, Toleranz und faktenbasierte, kluge Unterscheidungen in der privaten Unterhaltung, in der politischen Diskussion und in der Umsetzung in unseren Alltag. Bis dahin ist es ein weiter Weg – mit Köln hat er angefangen. Hoffentlich.

Geert Mackenroth

Der Sächsische Ausländerbeauftragte

Der Autor ist Mitglied des Sächsischen Landtags und war Justizminister in Sachsen.